

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

22. März 2019

Wochenbericht KW 12

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 31 % bzw. 29 %, SPD zwischen 18 % und 15 % Grüne bei 19 % bzw. 17 %, AfD bei 14 % bzw. 12 %
Allgemeine Lebenslage:	Weniger Bürger sehen Entwicklung im Land negativ Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, gleich- zeitig deutliche Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen und der Sicherung der Altersversorgung
Thema Bundesregierung:	Rentenpolitik
Flüchtlinge:	Mehrheitlich keine Sorgen über die hohen Flüchtlingszahlen in Deutschland Bürger sehen weiterhin eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Wichtigstes Thema:	Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid ¹ für BamS	infratest dimap für ARD
CDU/CSU	31 (-)	31 (-)	29 (-)
SPD	15 (-)	17 (+1)	18 (+1)
FDP	10 (+1)	8 (-)	9 (+1)
DIE LINKE	7 (-1)	8 (-1)	8 (-1)
B'90/Grüne	19 (-)	17 (-)	19 (-)
AfD	12 (-)	14 (+1)	12 (-1)
Sonstige	6 (-)	5 (-1)	5 (-)
Erhebungszeitraum	1115.03.	1420.03.	1920.03.

Die Union liegt bei forsa 16 (-), bei Emnid 14 (-1) und bei infratest dimap 11 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
Kramp-Karrenbauer	41 (-1)	
Nahles	15 (+1)	
Kramp-Karrenbauer	37 (-1)	
Scholz	24 (+2)	
Erhebungszeitraum	1115.03.	

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 26 (-2) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 13 (-3) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

2

 $^{^{\}rm 1}$ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (24.03.2019)

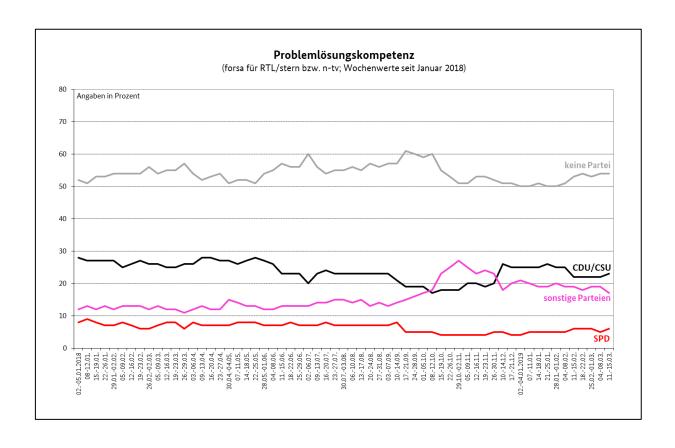
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	23 (+	1)
SPD	6 (+	1)
sonstige Parteien	17 (-	2)
keine Partei	54 (-)
Erhebungszeitraum	1115.03.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 17 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

54 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



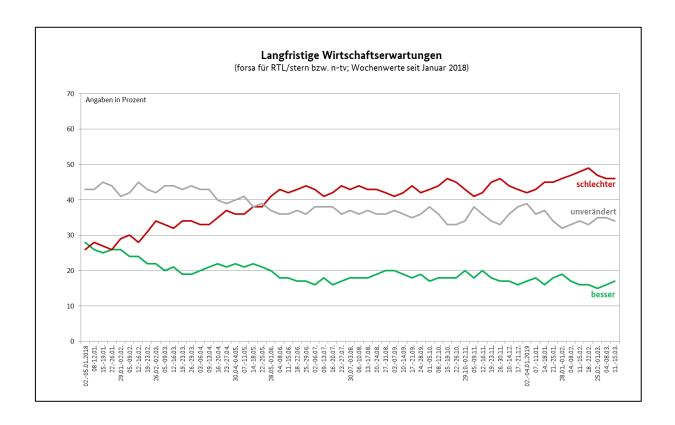
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	17 (+1)	
schlechter	46 (-)	
unverändert	34 (-1)	
Erhebungszeitraum	1115.03.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 29 (-1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



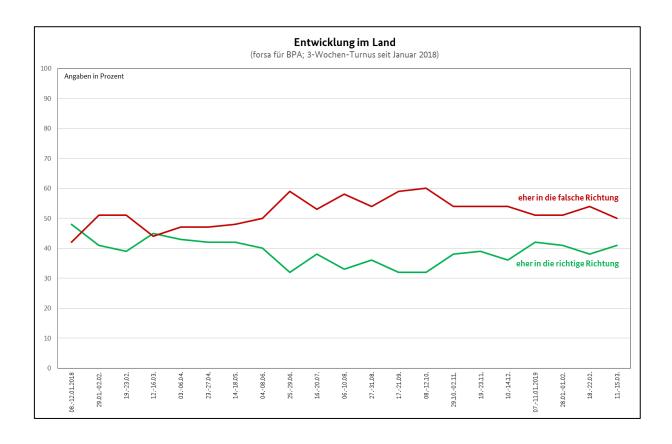
Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

, ,		
Die Dinge entwickeln	forsa ^{für}	
sich	BPA	
eher in die	41 (+3)	
richtige Richtung	41 (+3)	
eher in die	50 (-4)	
falsche Richtung	50 (-4)	
Erhebungszeitraum	1115.03.	

Unter 30-Jährige (49 %) sowie Anhänger der Union (57 %), der SPD und der Grünen (jew. 50 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Dieser Meinung sind Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (47 % zu 28 %).

Für Ostdeutsche (60 %), 45- bis 59-Jährige (59 %) und Gering- bzw. Mittelverdiener (55 %) sowie für Anhänger der AfD (85 %) und der Linkspartei (62 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.



Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem?	(sehr) zufrieden		sind Sie mit der/dem? (senr)		gar nic	iger bzw. r nicht frieden	
Lebensqualität in Deutschland	86	(+1)	13	(-2)			
Lage am Arbeitsmarkt	71	(-)	24	(-)			
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	54	(+4)	45	(-4)			
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	45	(+4)	46	(-4)			
Schul- und Bildungssystem in Deutschland	37	(-1)	60	(+1)			
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	36	(+3)	59	(-3)			
Integration von Zuwanderern und Ausländern	35	(+3)	61	(-2)			
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	34	(+2)	64	(-2)			
Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	27	(+1)	71	(-1)			
Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland	20	(-)	76	(+1)			
Erhebungszeitraum	1115.03.						

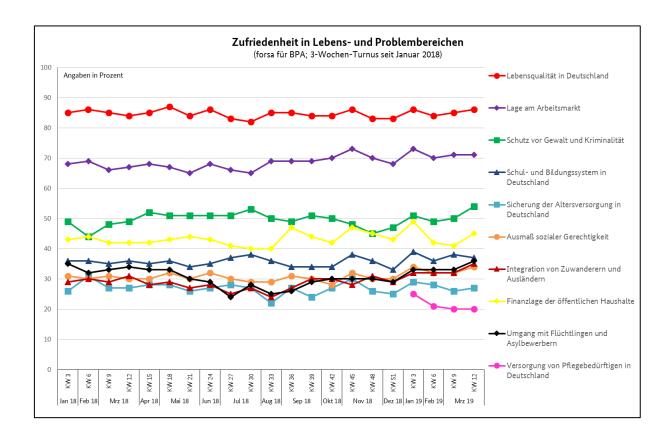
Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %), der Lage am Arbeitsmarkt (71 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (54 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sechs von zehn Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (81 %) sind besonders häufig (sehr) zufrieden mit dem <u>Schutz vor Gewalt und Kriminalität</u>. Unter 45-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (64 % zu 44 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (65 % zu 30 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (64 % zu 39 %). Ostdeutsche (56 %) sowie Anhänger der AfD (84 %) und der FDP (50 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Personen mit einfacher formaler Bildung (42 %) sowie Anhänger der Union und der SPD (jew. 45 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem <u>Schul- und Bildungssystem</u>. Ostdeutsche (71 %) sowie Anhänger der Linkspartei (76 %) und der Grünen (66 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

45- bis 59-Jährige (69 %), Personen mit mittlerer formaler Bildung und Mittelverdiener (jew. 66 %) sowie Anhänger der AfD (94 %) und der FDP (71 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern.

30- bis 59-Jährige (78 %) sowie Anhänger der Linkspartei (84 %) und der AfD (82 %) sind besonders oft unzufrieden mit der <u>Sicherung der Altersversorgung</u>. Auch mit der <u>Versorgung von Pflegebedürftigen</u> sind 30- bis 59-Jährige (81 %), Anhänger der Linkspartei (86 %) und der AfD (83 %) überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

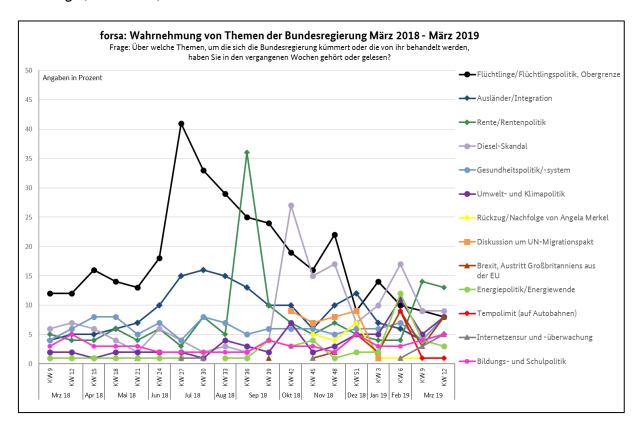


Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

	fors für BP	
Rente/Rentenpolitik	13	(-1)
Diesel-Skandal	9	(-)
Brexit, Austritt Großbritanniens aus der EU	8	(+5)
Gesundheitspolitik/-system	8	(+4)
Umwelt- und Klimapolitik	8	(+3)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	8	(-1)
Internetzensur und -überwachung	5	(+2)
Bildungs- und Schulpolitik	5	(+1)
Ausländer/Integration	5	(+1)
Erhebungszeitraum	1115	.03.

Die Rentenpolitik ist das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben. Überdurchschnittlich häufig wird es von Anhängern der Linkspartei (23 %) genannt. Über 60-Jährige nennen die Rentenpolitik häufiger als unter 30-Jährige (22 % zu 4 %).



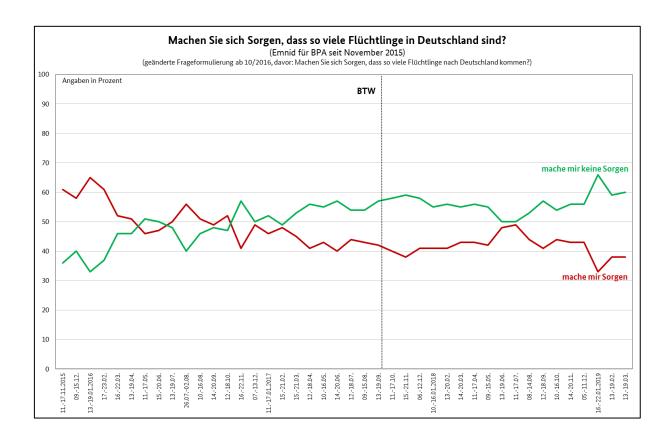
Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	Emnid für BPA	
mache mir Sorgen	38 (-)	
mache mir keine Sorgen	60 (+1)	
Erhebungszeitraum	1319.03.	

40- bis 59-Jährige (46 %) und Anhänger der AfD (92 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Ostdeutsche sind häufiger besorgt als Westdeutsche (54 % zu 35 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (47 % zu 23 %).

Unter 30-Jährige (75 %) sowie Anhänger der Grünen (85 %), der Linkspartei (72 %), der SPD (67 %) und der Union (66 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.



Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

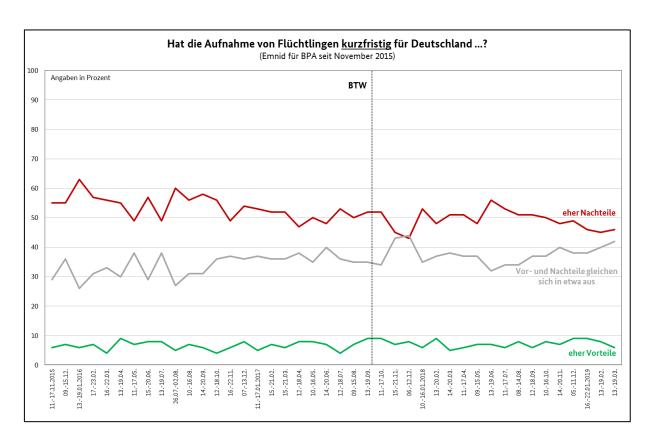
Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

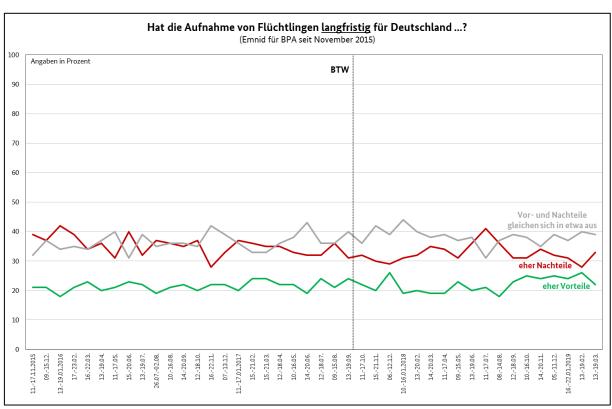
	kurzfristig		langfri	istig
eher Vorteile	6	(-2)	22	(-4)
eher Nachteile	46	(+1)	33	(+5)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	42	(+2)	39	(-1)
Erhebungszeitraum	1319.03.			

<u>Kurzfristig</u> sehen 30- bis 39-Jährige (58 %), Männer (53 %), Ostdeutsche und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 52 %) sowie Anhänger der AfD (93 %), der FDP (59 %) und der SPD (55 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen.

Auch <u>langfristig</u> sehen besonders häufig Anhänger der AfD (86 %) und Ostdeutsche (48 %) sowie 40- bis 59-Jährige (44 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (42 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (36 %) und unter 30-Jährige (34 %) sowie Anhänger der Grünen (40 %), der Linkspartei (36 %), der FDP (29 %) und der Union (28 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Dass sich Vor- und Nachteile eher ausgleichen, meinen unter 30-Jährige (kurzfristig: 54 %, langfristig: 47 %) und Anhänger der Grünen (kurzfristig: 58 %, langfristig: 46 %) überdurchschnittlich häufig.





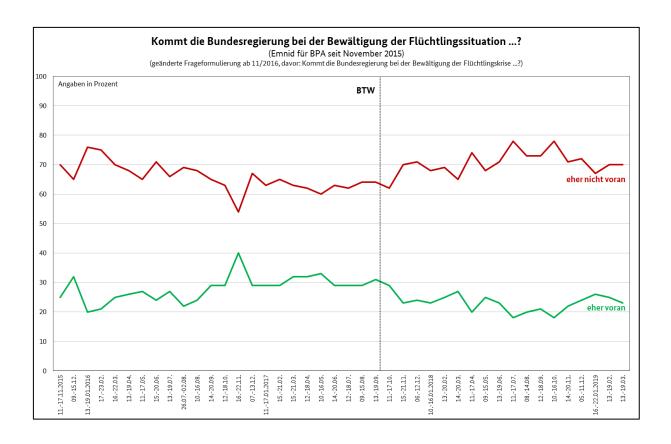
Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	Emnid für BPA	
eher voran	23 (-2)	
eher nicht voran	70 (-)	
Erhebungszeitraum	1319.03.	

Unter 30-Jährige (29 %) sowie Anhänger der Union (34 %), der SPD (33 %) und der FDP (31 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt. Personen mit hoher formaler Bildung sind eher dieser Meinung als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (33 % zu 19 %).

Hingegen meinen insbesondere 30- bis 59-Jährige (77 %) und Ostdeutsche (76 %) sowie Anhänger der AfD (99 %) und der Linkspartei (77 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infra dim ^{für B}	ар
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	18	(-9)
Anschlag auf Moscheen in Christchurch	10	(neu)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	8	(-)
Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente	7	(+2)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	6	(+1)
Anschlag in Utrecht	5	(neu)
EU-Urheberrechtsreform/Artikel 13	5	(+1)
Erhebungszeitraum	1920	0.03.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der Debatte um den EU-Austritt Großbritanniens. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Linkspartei (27 %), der Grünen (26 %) und der Union (25 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (24 % zu 12 %). Anhänger der AfD (4 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

